

Fair-Play auf den globalen Märkten

Dienstag, 10. Juni 2014

Erschienen in: Politblog des
Tagesanzeigers

Artikel von GRÜNEN Co-Präsidentin
und Nationalrätin Regula Rytz

In Bezug auf die im Ständerat abgelehnte Verschärfung der «Lex Koller» zur Beschränkung des Erwerbs von Gewerbeliegenschaften durch Personen aus dem Ausland, schrieb Regula Rytz diesen Text über den Einfluss grosser Unternehmen auf die Gesetzgebung. Als Beispiel diente das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, dessen Annahme zu tiefsten Grenzwerten für Pestizide oder Hormonen in Fleisch und Abbau bei Umweltauflagen geführt hätte. Wer tiefe Lebensmittelpreise fordern müsse bedenken, dass bei Fabrikfleisch und Eier aus der Legebatterie die Folgekosten der Billigproduktion nicht eingerechnet sind. Qualität dürfe und müsse auch etwas kosten.

Gleich am ersten Tag der Sommersession fand eine entlarvende Abstimmung statt. Alle Ständeräte von SVP, CVP, FDP und BDP stemmten sich gegen eine Verschärfung der „Lex Koller“. Weder wollen sie den Erwerb von Gewerbeliegenschaften durch Personen aus dem Ausland einschränken. Noch wollen sie den Zufluss von ausländischem Kapital in Immobilienfonds bremsen. Ganz anders im Nationalrat: Hier wurden beide Anliegen von Jacqueline Badran (SP) als Mittel gegen die Immobilienspekulation einstimmig unterstützt. Doch dann setzte die Propaganda-Walze der Finanz- und Baulobby ein und brachte das Geschäft zum Kippen. Diese Kehrtwende lässt erahnen, wie stark kurzfristige finanzielle Interessen die Politik bestimmen, auch auf internationaler Ebene.

Ein Paradebeispiel für die Macht der Lobbys ist das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Das Abkommen will nicht nur ein Sonderklagerecht von Konzernen gegen staatliche Entscheidungen durchboxen. Das TTIP hebt auch demokratisch vereinbarte Standards im Sozial- und Umweltbereich und bei Lebensmitteln aus. Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt. Erst hartnäckige Recherchen der Grünen haben aufgedeckt, wie sich amerikanische Agromultis den „Abbau von Handelshemmnissen“ vorstellen. Gefordert werden tiefste Grenzwerte für Pestizide oder Hormone im Fleisch. Auch die Pflicht zur Deklaration von Gentech-Pflanzen soll fallen, genauso wie Sozial- und Umweltauflagen bei öffentlichen Ausschreibungen. Da vergeht der Appetit.

In ganz Europa setzen sich Konsumenten, Bäuerinnen, KMUs, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gegen das Freihandelsabkommen und für die Stärkung der regionalen Märkte zur Wehr. Die Bürgerinnen wollen sich nicht von globalen Konzernen die Privatisierung der Wasserversorgung oder Starbucks-Kaffee vorschreiben lassen. Und die Bürger wollen auch in Zukunft über die minimalen Umwelt- oder Tierschutzstandards mitbestimmen, und dies nicht nur beim Einkaufen, sondern auch per Gesetz. Die Auseinandersetzung um das TTIP betrifft auch die Schweiz, die über 40 Prozent ihrer Lebensmittel aus dem Ausland importiert. Zwar versucht der Detailhandel mit Qualitäts-Labels Licht in den Dschungel der globalen Produkte zu bringen. Und doch wird immer intransparenter, was auf den Teller kommt. Das muss nicht sein.

Mit der *fair-food-Initiative* wollen die Grünen den umwelt- und tierfreundlich produzierten Nahrungsmitteln einen Marktvorteil verschaffen und eine rote Linie gegen Öko- und Sozialdumping ziehen. Bei Importen sollen Produkte aus (klein)bäuerlicher und fairer Landwirtschaft speziell gefördert werden. Alles schön und gut, werden viele sagen, doch das kann teuer werden. Dieses Argument ist leicht zu entkräften. Zwar kosten Lebensmittel aus artgerechter Tierhaltung mehr als Eier aus Legebatterien oder das Steak aus der Tierfabrik. Doch hier sind die Folgekosten von Antibiotikazusätzen, Pestizid-Cocktails und Tiefstlöhnen nicht eingerechnet. Als der Bundesrat im Mai über eine Öffnung des Milchmarktes nachdachte, legte er konkrete Zahlen auf den Tisch: Der Milch-Freihandel würde im Verkaufsregal zwar zu tieferen Preisen führen. Dafür müssten die Subventionen an die Bauern erhöht werden. Ein Nullsummenspiel. Viel stärker als der Milchpreis wirken sich ohnehin die Wohnkosten auf das Haushaltsbudget aus. Höchste Zeit also, faire Spielregeln für die Agrarmärkte, aber auch für den Wohnungsmarkt festzulegen, zum Beispiel mit der Verschärfung der Lex Koller und mit der grünen *fair-food-Initiative*.